



Detailansicht des Registereintrags

Plattform Shared Mobility

Stand vom 30.06.2025 12:20:44 bis 02.09.2025 10:33:40

Die Plattform Shared Mobility ist ein Zusammenschluss der wichtigsten privatwirtschaftlichen Anbieter geteilter Mobilität in Deutschland.

Registernummer:	R003678
Ersteintrag:	21.03.2022
Letzte Änderung:	30.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	<p>Adresse: c/o elfnullelf GmbH Abrechtstr. 13 10117 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +49308471226808 E-Mail-Adressen: geschaefsstelle@shared-mobility.eu Webseiten: <u>https://shared-mobility.eu/</u></p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,04

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dustin Williams

Funktion: stell. Vorsitzende

2. Martin Becker

Funktion: Vorsitzender

3. Alexander Jung

Funktion: Vorsitzender AG Mikromobilität

4. Paula Böcken

Funktion: Vorsitzende

5. Friedrich Kabler

Funktion: Vorsitzender

6. Ediz Rehberg

Funktion: Mitglied der AG Mikromobilität

7. Anna Montasser

Funktion: Mitglied der AG Mikromobilität

Tätigkeit bis 12/21:

Referentin EU2020

im Auswärtiges Amt (AA) oder dessen Geschäftsbereich

8. Jenovan Krishnan

Funktion: Mitglied der AG Ridesharing

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. Dustin Williams

2. Martin Becker

3. Alexander Jung

4. Paula Böcken

5. Friedrich Kabler

6. Ediz Rehberg

7. Anna Montasser

Tätigkeit bis 12/21:

Referentin EU2020

im Auswärtiges Amt (AA) oder dessen Geschäftsbereich

8. Jenovan Krishnan

Gesamtzahl der Mitglieder:

4 Mitglieder am 30.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (4):

Personenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Plattform Shared Mobility (PSM) ist ein Zusammenschluss der wichtigsten privatwirtschaftlichen Anbieter geteilter Mobilität in Deutschland.

Die Mitglieder eint die gemeinsame Vision einer wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen, geteilten Mobilität. Mit der Bündelung ihrer Überzeugungen und Interessen wollen die Mitglieder den Dialog mit der Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung auf lokaler wie nationaler Ebene intensivieren und eine zentrale Anlaufstelle für Anliegen rund um Shared Mobility schaffen.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Personenbeförderungsgesetz

Beschreibung:

Faire Wettbewerbsbedingungen: Wir unterstützen eine ausgewogene Regulierung, die gleiche Chancen für alle schafft, indem faire Wettbewerbsbedingungen gewährleistet und keine Branche benachteiligt wird (z.B. durch staatliche Preisregulierungen). Maßnahmen zur Emissionsreduktion sollten gefördert und Unternehmen des Gelegenheitsverkehr darin unterstützt werden, ihre Flotten zu dekarbonisieren.

Betroffenes geltendes Recht:

PBefG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

2. Nachweis der Fachkunde zur Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung

Beschreibung:

Ausgestaltung des Fachkundenachweises: das Berufsfeld Fahrgastbeförderung muss weiterhin niederschwellig und unbürokratisch zugänglich sein. Notwendige Kenntnisse und Voraussetzungen sind bereits ohne einen Fachkundenachweis sichergestellt.

Betroffenes geltendes Recht:

FeV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406280088** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

3. Verordnung über Ausnahmen von strassenverkehrsrechtlichen Vorschriften zur Erprobung von Kfz mit ferngelenkter Fahrfunktion (StVFernLV)

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben soll den Rechtsrahmen für die Erprobung von Kfz mit ferngelenkten Fahrfunktionen liefern, ohne einen Mehraufwand für Halter zu erzeugen und das Zusammenwirken mehrerer Fahrmodi erlauben.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung über Ausnahmen von strassenverkehrsrechtlichen Vorschriften zur Erprobung von Kraftfahrzeugen mit ferngelenkter Fahrfunktion

Datum des Referentenentwurfs: 06.05.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AFGBV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406280087** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.06.2024 an:

Bundesregierung

4. Überarbeitung der eKfV

Beschreibung:

Die Elektrokleinstfahrzeugeverordnung (EKfV) steht nach 5 Jahren zur Novellierung an. Ausgangsbasis sind die Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen. Auf Basis der praktischen Anwendungserkenntnisse durch Anbieter von mietbaren EKf sollen Änderungen der Vorschriften zu einer Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit führen, wie etwa durch Einführung von Fahrtrichtungsanzeigern und der weitergehenden Gleichstellung mit Fahrrädern im Straßenverkehr zum Abbau von für Verkehrsteilnehmer nicht ersichtlichen Unterschieden (z.B. Verkehrszeichen bei der Nutzung von Geh- und Radwegen und Einbahnstraßen). Zudem soll die Regel zum jährlichen Wechsel der Versicherungskennzeichen wegen hoher Bürokratielasten für Flottenbetreiber geändert werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Änderung der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Datum des Referentenentwurfs: 15.03.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

eKfV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409300139 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

5. Förderung der Shared Mobility

Beschreibung:

Die Plattform Shared Mobility (PSM), ein Zusammenschluss führender Anbieter geteilter Mobilität, setzt sich für eine nachhaltige, flexible und moderne Mobilitätslandschaft ein. Im

Fokus stehen Reformen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG), wie die Abschaffung der Rückkehrpflicht und Mindesttarife für Mietwagen, sowie die Förderung von Mikromobilität durch bessere Infrastruktur, Integration in den ÖPNV und faire Gebühren. PSM fordert zudem eine Digitalisierung der Genehmigungsprozesse, Anpassung der Mehrwertsteuer für Mietwagen und klare Sicherheitsstandards, um eine klimafreundliche Verkehrswende voranzutreiben.

Betroffenes geltendes Recht:

PBefG§45aV 5 [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]; EGovG [alle RV hierzu]; UStG 1980 [alle RV hierzu]; StVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

6. Bürokratieentlastungsgesetz

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Beschleunigung des Inkrafttretens von Artikel 24 des Entwurfs zur Bürokratieentlastungsverordnung auf den 1. März 2025. Dieser Artikel sieht die Abschaffung des Verkehrsjahres für alle zulassungsfreien Fahrzeuge nach §3 Abs. 3 FZV, einschließlich Elektrokleinstfahrzeugen (eKF), vor. Damit soll eine deutliche Entlastung der Betreiberunternehmen großer eKF-Flotten erreicht werden, indem der jährliche Wechsel der Versicherungskennzeichen entfällt. Dies würde den organisatorischen Aufwand verringern und die Verfügbarkeit der Fahrzeuge für Nutzer:innen sichern.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 474/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Viertes Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Interessenbereiche:

Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412120010 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

60.001 bis 70.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. Bolt
2. Lime
3. Uber
4. Voi